

Positionspapier

Gute Pflege auf dem Land sichern und Altersarmut von Frauen bekämpfen!

Derzeit werden laut Statistischem Bundesamt¹ der Großteil der über 4 Mio. Pflegebedürftigen zu Hause versorgt, davon über 2 Mio. ausschließlich durch Angehörige. Dabei wird die Zahl der zu Pflegenden weiter zunehmen und sich laut derzeitigen Schätzungen bis 2030 auf rund 6 Mio. belaufen². Die häusliche Pflege durch Angehörige wird immer noch überwiegend von weiblichen Familienangehörigen geleistet. Doch obwohl die Wertschöpfung der häuslichen Pflege im Jahr 2016 bereits bei umgerechnet 37 Mrd. Euro lag³, werden pflegende Angehörige nicht gleichwertig entlohnt und ihre Arbeit nicht angemessen wertgeschätzt. Vielmehr reduzieren Frauen in vielen Fällen ihre Berufstätigkeit oder geben diese sogar ganz auf, was sich unmittelbar auf ihre aktuelle wirtschaftliche Lage sowie ihre Rentenanwartschaft auswirkt. In Deutschland ist das Zuverdienermodell immer noch vorherrschend, was zur Folge hat, dass Frauen lange in Teilzeittätigkeiten verweilen und sie immer noch vorrangig die Care-Arbeit übernehmen. Dieses Ungleichgewicht in den Lebensbiografien der Geschlechter führt dazu, dass die Rentenanwartschaften von Frauen halb so hoch sind wie die der Männer (Gender Pension Gap). Darüber hinaus erhöht die zusätzliche, in vielen Fällen unentgeltliche, Übernahme der häuslichen Pflege und Care-Arbeit das Risiko für Frauen, im Alter von Armut betroffen zu sein – gerade in ländlichen Regionen, in denen Pflegepersonen zu nahezu 90 % weiblich⁴ sind. Im ländlichen Raum sind lange Wegstrecken, ein ausgedünntes Gesundheitssystem und eingeschränkte Mobilität zusätzliche Hürden. Eine Möglichkeit zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verspricht die im Koalitionsvertrag angekündigte Förderung von haushaltsnahen Dienstleistungen.

Chancen der Förderung von haushaltsnahen Dienstleistungen für den ländlichen Raum nutzen

Bei vielen pflegebedürftigen Personen macht die hauswirtschaftliche Hilfe und die Alltagsbegleitung den Großteil des Unterstützungsbedarfs aus. Aus diesem Grund begrüßt der Deutsche LandFrauenverband e.V. (dlv) die geplante staatliche Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen. Darüber hinaus befürworten wir die damit verbundene Chance, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Dies ist von zentraler Bedeutung, um dem Gender Pension Gap sowie Altersarmut von Personen aus dem Dienstleistungssektor entgegenzuwirken. Um die Qualität der haushaltsnahen Dienstleistungen zu gewährleisten, fordern wir:

- Etablierung eines eigenständigen Dienstleistungssektors unabhängig von bestehenden Pflegedienstleistern:
 - Grundvoraussetzung ist eine staatlich unterstützte Gründungsinitiative in ländlichen Regionen

¹ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Pflege/Tabellen/pflegebeduerftige-pflegestufe.html>

² BARMER Pflegereport 2021 (rocketcdn.me)

³ [https://www.wege-zur-](https://www.wege-zur-pflege.de/fileadmin/daten/Beirat/Erster_Bericht_des_unabhaengigen_Beirats_2019.pdf)

[pflege.de/fileadmin/daten/Beirat/Erster_Bericht_des_unabhaengigen_Beirats_2019.pdf](https://www.wege-zur-pflege.de/fileadmin/daten/Beirat/Erster_Bericht_des_unabhaengigen_Beirats_2019.pdf)

⁴ SVLFG-interne Datenauswertung Quartal 1-2022

- Schaffen einer Basisqualifizierung mit Weiterbildungszertifikat nach bundeseinheitlichen Kriterien mithilfe:
 - verschiedener Module, die pädagogische und hauswirtschaftliche Kenntnisse und Fertigkeiten sowie pflegerische Grundkenntnisse vermitteln
 - einer fortlaufenden Weiterbildungsverpflichtung, die Qualitätsstandards setzt und überprüfbar macht

Häusliche Pflege auf dem Land zukunftsfest gestalten

Ländlich geprägte Regionen „profitieren“ oftmals von einem guten sozialen nachbarschaftlichen Netzwerk. Dies ermöglicht Pflegebedürftigen, länger im gewohnten häuslichen Umfeld zu leben. Gleichzeitig fehlt es auf dem Land an Infrastruktur: es gibt zu wenig Ärzt*innen, Pflegedienste und andere Dienstleister. Lange Wegstrecken und Immobilität der zu Pflegenden erschweren die Organisation der häuslichen Pflege zusätzlich. Deshalb fordern wir:

- Monetäre Anerkennung des erhöhten Fahraufwandes von Pflegepersonen und anderen Dienstleistern im ländlichen Raum durch Anhebung der Wegpauschalen
- Regelmäßige Anpassung der Pflegevergütungen an steigende Personal- und Sachkosten
- Orientierung des Pflegegeldes an den Pflegesachleistungen des jeweiligen Pflegegrads
- Erhöhung des Entlastungsbetrags von derzeit 125 Euro sowie die Alternative einer direkten Auszahlung an die pflegende Person
- Ausweitung von Tagespflegeangeboten zur Entlastung der pflegenden Angehörigen sowie Schaffung alternativer Wohnformen im heimatlichen Umfeld, wie z.B. Wohngemeinschaften

Häusliche Pflege geschlechtergerecht gestalten

Da die unbezahlte häusliche Pflege durch Familienangehörige überwiegend von Frauen geleistet wird, trägt sie wesentlich zur weiblichen Altersarmut in Deutschland bei. Deshalb gilt es, die Benachteiligung für pflegende Angehörige aufgrund der Übernahme der Sorgearbeit in der gesetzlichen Rente zu beseitigen. Dabei soll zum einen die Situation für pflegende Frauen verbessert und zum anderen sollen Anreize für Männer geschaffen werden, die Pflege ihrer Angehörigen zu übernehmen. Deshalb fordert der dlv:

- Aufwertung der Übernahme häuslicher Pflege durch einen steuerfinanzierten finanziellen Ausgleich bis zu 36 Monate in Form einer Lohnersatzleistung für die Pflegezeit analog zur Elternzeit
- Verbesserte Anrechnung von Pflegezeiten auf die Rentenansprüche – auch für Nichterwerbstätige und pflegende Rentner*innen
- Care-Arbeit muss in Kombination mit Lebensarbeitszeitmodellen bzw. flexiblen Arbeitszeitmodellen geschlechtergerechter verteilt werden

Vom dlv-Präsidium verabschiedet am 2. Juni 2022